



Presseschau vom 27.07.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Nikolaj Jolkin: Kein Russland in Tokio, aber zu viele Russen: WADA moniert Kleidung russischer Olympiamannschaft

Bei den Olympischen Spielen in Tokio erklang endlich die Musik von Peter Tschaikowski, nachdem Witalina Bazaraschkina Olympia-Gold mit der Luftpistole geholt hatte, und zwar anstatt der Hymne Russlands. Auch wurde anstelle der Staatsflagge die Fahne des Olympischen Komitees Russlands gehisst. ...

<https://snanews.de/20210726/wada-moniert-kleidung-russischer-olympiamannschaft-2977863.html>

de.rt.com: Wohnkosten: Immobilienbranche befindet Belastung für Mieter als tragbar

Während der Immobilienverband von bezahlbarem Wohnraum und gestiegenen Einkommen spricht, muss immerhin knapp die Hälfte der Mieterhaushalte mehr als 30 Prozent des Haushaltseinkommens für den Wohnraum aufbringen. Selbst Vermieter sehen diese Marke als grenzwertig an. ...

<https://kurz.rt.com/2llu>

Andreas Peter: Vom schauspielernden Nachrichtensprecher zum weltweit ältesten aktiven Mimen – Herbert Köfer ist tot

Im Alter von 100 Jahren verstarb am Wochenende der frühere DDR-Schauspielstar Herbert

Köfer, der auch nach dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes im vereinten Deutschland Erfolge feiern konnte. Köfer galt als ein wandlungsfähiger Künstler und als der älteste beruflich aktive Schauspieler der Welt. Ein Nachruf. ...

<https://snanews.de/20210727/vom-schauspielernden-nachrichtensprecher-zum-weltweit-aeltesten-aktiven-mimen--herbert-koefer-ist-tot-2979737.html>

de.rt.com: **Ministerien blocken ab: Anfragen zu Lobbytreffen unerwünscht**

An Lobbyismus-Skandalen mangelt es hierzulande nicht. Zwar gibt es mittlerweile ein Lobbyregister, doch fehlen darin wichtige Informationen über Einflussnahme auf die Politik. Dank des Informationsfreiheitsgesetzes hat der Bürger jedoch die Möglichkeit, Näheres zu erfahren –zumindest theoretisch. ...

<https://kurz.rt.com/2lmi>

de.rt.com: **"Helfen statt blockieren" – Mexiko kündigt Hilfsmittel für Kuba an**

Wie der mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador am Montag auf einer Pressekonferenz in Veracruz mitteilte, werde Mexiko nun Hilfsmittel an Kuba verschicken. "Von hier aus, aus dem heroischen Veracruz, das eine so historische Beziehung zu Havanna und Kuba hat, werden zwei Schiffe der mexikanischen Marine mit Sauerstoff, Lebensmitteln und Medikamenten auslaufen", erklärte Präsident López Obrador. ...

<https://kurz.rt.com/2lnq>

de.rt.com: **Bundesverfassungsgericht bestätigt DKP als Partei und lässt sie zu Wahlen zu**

Deutschlands oberstes Gericht ist der Nichtanerkennungsbeschwerde der DKP "volumfänglich gefolgt", wie die Partei am Dienstag erklärte. Zuvor hatte der Bundeswahlleiter im Wahlausschuss entschieden, der DKP den Status als politische Partei abzuerkennen. ...

<https://kurz.rt.com/2lny>

abends/nachts:

snanews.de: **Medien: Großbritannien will keine Beteiligung Chinas an Projekten im Atomenergiebereich**

Die Regierung Großbritanniens erwägt Mittel zur Verhinderung einer Beteiligung des chinesischen staatlichen Atomenergieunternehmens China General Nuclear (CGN) an allen künftigen britischen Projekten, darunter am Bau von Atomkraftwerken in den Grafschaften Essex und Suffolk. Das schreibt die „Financial Times“ unter Berufung auf Insiderquellen. Die Zeitung erklärt die Umstimmung in London mit einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern wegen der Ereignisse in Hongkong, der Lage der Uiguren und der Anfangsmaßnahmen Pekings zur Bekämpfung des Coronavirus-Ausbruchs in Wuhan. Britannien sei auch bemüht, die Angewiesenheit auf chinesische Technologien einzuschränken, heißt es.

„Es bestehen keine Chancen dafür, dass CGN in Bradwell (in Essex) (ein Kraftwerk) bauen wird (...) Unter Bedachtnahme auf die Beziehung zu Huawei, die wir beobachten können, wird die Downing Street dem chinesischen Unternehmen nicht erlauben, ein neues Kernkraftwerk zu errichten“, zitiert die Zeitung eine der Quellen.

Nach Angaben der FT wird derzeit mit dem französischen Unternehmen EDF, dem Hauptprojektierer des Kraftwerks in Suffolk, über die Suche nach neuen Partnern verhandelt, die anstelle von CGN kommen sollen.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/06/08/2424024_0:201:2927:1847_1440x0_80_0_0_719353cf78ce7bc69d93bb4ff5d05471.jpg

snaneews.de: **Russisches ISS-Andockmodul kontrolliert im Pazifik versenkt**

Das russische Andockmodul „Pirs“ (dt. Anlegestelle), das seit 20 Jahren Teil der Internationalen Raumstation ISS war, ist am Montag zusammen mit dem ausgedienten Raumfrachter Progress MS-16 kontrolliert im vorgegebenen Ort des Pazifik versenkt worden. Das teilte die russische Raumfahrtbehörde Roskosmos mit.

„Ballistikexperten zufolge gingen nicht verglühte Teile des Moduls etwa 3630 Kilometer von der neuseeländischen Hauptstadt Wellington entfernt im Weltmeer nieder“, hieß es.

"Raumschiff-Friedhof"

Dieses Gebiet des Pazifischen Ozeans, das auch als „Raumschiff-Friedhof“ bekannt ist, wird von Schiffen nicht befahren.

Das Modul war zuvor von der ISS abgedockt worden, um Platz für das neue russische Forschungsmodul „Nauka“ (dt. Wissenschaft) zu machen. „Nauka“ war in der Vorwoche vom russischen Weltraumbahnhof Baikonur in der zentralasiatischen Republik Kasachstan ins All geschossen worden. Das Modul soll planmäßig am Donnerstag ankommen und an den russischen Teil der Station andocken.

"Nauka" nach jahrelanger Verzögerung nun im Orbit

„Nauka“ sollte eigentlich schon 2007 ins Weltall gebracht werden. Probleme hatten aber immer wieder zu Verzögerungen geführt. Das Labor ist vorrangig für die Forschung gedacht. Es soll aber auch als Mannschaftsquartier mit eigenem System zur Lebenserhaltung dienen. Zuletzt hatte Russland ein Modul vor elf Jahren zum Außenposten der Menschheit in etwa 400 Kilometern über der Erde geschickt.

„Pirs“ ist das überhaupt erste von der ISS abgedockte und im Weltmeer versenkte Modul. Es wurde 2001 zur ISS geschickt und in den 20 Jahren seines Betriebes 52 Mal für den Ausstieg von Raumfahrern in den freien Weltraum sowie zum Andocken von bemannten Sojus-Raumschiffen und Progress-Transportern genutzt.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/07/1a/2978762_0:9:3072:1737_1440x0_80_0_0_41c09db838f88758ed021da6b6319bc4.jpg

vormittags:

de.rt.com: **Maduro: Lateinamerika erlebt zweiten historischen Impuls**

Venezuelas Präsident Nicolás Maduro teilt mit, die Gemeinschaft der Staaten Lateinamerikas und der Karibik erlebe jetzt einen zweiten historischen Aufschwung. Er hofft, dass Lateinamerika in der Lage sein wird, einen mächtigen Block zu schaffen.

Der venezolanische Präsident Nicolás Maduro hat die Rede des mexikanischen Präsidenten Andrés Manuel López Obrador auf dem 21. Gipfeltreffen der Außenminister der Lateinamerikanischen und Karibischen Gemeinschaft (CELAC) am Samstag begrüßt. Er brachte zum Ausdruck, dass Obrador das Gründungsideal der CELAC wiedererweckt habe, das sich auf den Aufbau eines gemeinsamen regionalen politischen und wirtschaftlichen Modells konzentriert und das sich der interventionistischen und destabilisierenden Rolle der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) widersetzt. Maduro stellte fest, dass die CELAC einen zweiten historischen Impuls erlebt. Er sagte:

"Lateinamerika muss sich im 21. Jahrhundert das große Ziel setzen, in der ideologischen und kulturellen Vielfalt unseres Kontinents einen mächtigen Kräfteblock aufzubauen, der sich der Welt mit seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten präsentiert."

Der bolivarianische Präsident bekräftigte seine Unterstützung für die kubanische Revolution angesichts der Verschärfung der US-Blockade und stellte gleichzeitig fest, dass progressive Bewegungen und Regierungen ein wachsendes "Bewusstsein" für die unmenschliche US-Politik haben. Er teilte mit:

"Kuba muss leiden. Es ist wie ein Sterbender, den sie auf einen Tisch legen und anfangen, ihn zu quälen und verschiedene Foltermethoden an ihm auszuprobieren. Das kubanische Volk ist einem beispiellosen kollektiven sozialen und wirtschaftlichen Experiment und Foltern ausgesetzt."

Der venezolanische Präsident bestätigte, im nächsten Monat in Mexiko einen neuen Dialog mit allen Oppositionskräften unter der Schirmherrschaft der norwegischen Regierung zu beginnen, um eine Agenda der Länder zu fördern und ein Ende der Wirtschaftssanktionen und der Aufrufe zu Interventionen zu fordern.

Er schloss jede spalterische Tendenz in der Vereinigten Sozialistischen Partei Venezuelas (PSUV) aus und stellte fest, dass bei den bevorstehenden Regionalwahlen im August mehr als 180.000 Kandidaten ihre Kandidatur für 23 Gouverneurs- und 335 Bürgermeisterämter eingereicht hätten.

In Bezug auf die bilateralen Beziehungen zu Kolumbien sehe er keine Möglichkeit eines Dialogs mit Präsident Iván Duque, da dieser als "Marionette" und "Sponsor" der

Aggressionskampagnen gegen Venezuela gedient habe. Er riet zur Vorsicht in Bezug auf Aussichten für eine Verbesserung der politischen Beziehungen mit einer neuen Regierung in Kolumbien nach der Präsidentschaftswahl im nächsten Jahr, da die Kommunikationskampagne jede Chance auf normale Beziehungen zu Venezuela blockiert. Zuvor hatte sich Nicolás Maduro noch unter vier Bedingungen zu Verhandlungen mit der Opposition bereit erklärt. Diese Vorbedingungen waren die Aufhebung der Sanktionen gegen Venezuela, die Anerkennung der staatlichen Behörden, der generelle Gewaltverzicht und die Einbeziehung aller Kräfte in den Dialog.



<https://cdn.rtr.de/deutsch/images/2021.07/article/60fed594b480cc373c1c152a.JPG>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 26. Juli 2021 wurden sechs Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Beschossen wurden **Shelobok, Solotoje-5, Donezkij und Beresowskoje** unter Einsatz von Granatwerfern, Schützenpanzerwaffen, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen. Insgesamt wurden **34 Granaten** abgefeuert.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

snanews.de: **Seoul und Pjöngjang stellen gekappte Kommunikationskanäle wieder her**
Die Regierungen Nord- und Südkoreas haben sich auf die Wiederherstellung ihrer Kommunikationsverbindungen geeinigt. Dies teilte das Präsidialamt in Seoul am Dienstag mit.

Nach einer einjährigen Pause wurde die Kommunikation demnach am 27. Juli um 10.00 Uhr Ortszeit (03.00 Uhr MESZ) wieder aufgenommen. Wie die südkoreanische Agentur Yonhap meldet, hätten Behördenvertreter beider Länder erfolgreich miteinander telefoniert.

Südkoreas Präsident Moon Jae-in und der nordkoreanische Staatschef Kim Jong-un waren laut dem Pressedienst in Seoul seit April in einem persönlichen Briefwechsel. Es werde erwartet, dass die Wiedereinrichtung der Kommunikationsverbindungen eine positive Auswirkung auf die Beziehungen zwischen den zwei Koreas haben werde.

Nordkorea hatte im Juni des vergangenen Jahres die vollständige Unterbrechung aller offiziellen Kommunikationskanäle mit Südkorea verkündet. Hintergrund war ein Streit um eine Kampagne südkoreanischer Aktivisten, die Flugblätter mit kritischen Botschaften über die Politik Pjöngjangs über die Grenze geschickt hatten.

Später sprengte Nordkorea das sich auf seinem Territorium befindende Kommunikationsbüro, das 2018 errichtet worden war. Die Kommunikationskanäle wurden zuvor 2016 unterbrochen und 2018 wiederhergestellt.

Die Kommunikation erfolgt laut der Nachrichtenagentur Reuters über direkte Linien: Ein

Telefon auf der südkoreanischen Seite ist mit einem Apparat in Nordkorea verbunden. Demnach werden Faxgeräte verwendet, um ausführliche Mitteilungen und Dokumente zu senden.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/07/1b/2981461_0:160:3073:1888_1440x0_80_0_0_5443a4df1fcd919cc33aa76dcc429deb.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 26. Juli 3:00 Uhr bis 27. Juli 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU 7.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

(Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme - Anm. d. Übers.)

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich folgende Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Wesjoloje, Jakowlewka, Staromichajlowka, Krasnyj Oktjabrj.**

Wie bereits mitgeteilt wurde, wurde durch Artilleriebeschuss von Seiten der BFU eine oberirdische Stromleitung am Skotschinskij-Bergwerk im Kirowskij-Bezirk von Donezk beschädigt.

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feueinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feueinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 64.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden fünf Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snaneews.de: USA wollen Kampfeinsatz im Irak beenden

Die Vereinigten Staaten haben das Ende ihrer Beteiligung an militärischen Operationen im Irak angekündigt. Die entsprechende gemeinsame Erklärung von US-Außenminister Anthony Blinken und seinem irakischen Amtskollegen Fouad Hussein wurde am Montag auf der Webseite des US-Außenministeriums veröffentlicht.

„Bis zum 31. Dezember 2021 wird es keine US-Truppen im Kampfeinsatz im Irak geben“, heißt es in dem Text. Das US-Militär werde jedoch weiterhin irakische Sicherheitskräfte unterstützen. Seine Rolle soll sich dabei auf die Ausbildung und Beratung der irakischen

Streitkräfte (ISF) sowie auf den Austausch von Informationen beschränken.

„Die Vereinigten Staaten planen, ihre Unterstützung für die ISF, einschließlich der Peshmerga, fortzusetzen, um deren Kapazitäten für den Umgang mit zukünftigen Bedrohungen aufzubauen“, lautet die Erklärung.

Aktuell sind insgesamt rund 3500 ausländische Soldaten im Irak stationiert, 2500 davon sind US-Soldaten. Seit 2014 unterstützen sie den Kampf gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (auch Daesh, IS). Laut Reuters soll die Beendigung des US-Kampfeinsatzes keine größeren operativen Auswirkungen haben, weil sich die Vereinigten Staaten bereits auf die Ausbildung irakischer Kräfte umgestellt haben.

Das Ende der militärischen Operationen der USA lässt sich Reuters zufolge auf die Kritik an dem irakischen Ministerpräsidenten Mustafa Al-Kadhimi zurückführen. Dieser ist vermehrt dem Druck der Parlamentsparteien sowie paramilitärischen Gruppen ausgesetzt, die gegen die US-Militärpräsenz auftreten.

Im Januar 2020 hatte das irakische Parlament bereits den Abzug aller US-Soldaten aus dem Land gefordert, als die USA bei einem Drohnenangriff nahe Bagdad den iranischen General Ghassem Soleimani sowie einen irakischen Milizenführer töteten. Der damalige US-Präsident Donald Trump hatte im November 2020 einen Teilabzug aus Afghanistan und dem Irak angeordnet und damit sowohl Nato-Partner als auch Politikerinnen und Politiker beider Parteien in den USA verärgert. US-Präsident Joe Biden will zumindest eine kleine Anti-Terror-Einheit in Afghanistan belassen.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/07/1b/2981262_0:0:3010:1694_1440x0_80_0_0_3b489bbd9c2b19d09767b18bca2d718d.jpg

de.rt.com: **Deutsche Welle: Ukraine wird zum Vertriebsort in Deutschland gestohlener Fahrräder**

Jedes Jahr werden in Deutschland Hunderttausende Fahrräder gestohlen, darunter immer mehr Modelle der Premiumklasse. Die Deutsche Welle berichtet, dass viele von ihnen später in der Ukraine landen, wobei der ukrainische Markt für gestohlenen Räder inzwischen gesättigt sei. Laut einem Bericht der Deutschen Welle (DW) werden immer mehr Fahrräder der Premiumklasse gestohlen und später in der Ukraine verkauft.

Die in dem Bericht aufgeführten Statistiken von Polizei und dem Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) zeigen, dass die meisten Fahrräder in den Hafenstädten Hamburg und Bremen sowie in den östlichen Bundesländern Berlin, Brandenburg und Sachsen gestohlen werden. Gefunden werden in Deutschland aber nur wenige. Nur zehn Prozent der Straftaten wurden laut Polizei 2020 aufgedeckt.

Da die Polizei die Räder anhand der Rahmennummer leicht identifizieren kann, werden immer mehr Fahrräder außerhalb der EU verschafft und dort verkauft, wobei die Ukraine sich zum Umschlagplatz in ganz Osteuropa entwickelt. Vor allem teure Bikes werden so vertrieben. Dabei machen die Diebe, wie der Bericht zeigt, auch vor verschlossenen

Hauskellern nicht Halt, wenn es beispielsweise um E-Bikes im Wert von mehreren Tausend Euro geht.

Um den Zoll zu passieren, werden die Fahrräder in Ersatzteile zerlegt und in Pakete verteilt, die dann in den Kleinbussen in die Ukraine transportiert werden. So erzählte ein Gesprächspartner der DW aus dem westukrainischen Luzk, dass es bei der Einfuhr gestohlener Räder keine Probleme gebe: "Sie werden zerlegt, die Rahmen mit Nummern versteckt, Pedale und Sitze als Ersatzteile deklariert. Den Transport übernehmen oft Spediteure mit Kleinbussen. Sie sammeln in deutschen Städten Pakete ein und bringen sie bis in die Ukraine", so der Mann. Mit "eigenen Leuten" an der Grenze sei das möglich.

Alle Gesprächspartner im Bericht beklagen, dass die allermeisten Gebrauchträder, die in die Ukraine gelangen, gestohlen sind. Die Käufer interessierten sich aber kaum für Papiere, ausschlaggebend sei immer der niedrige Preis. Einer der Informanten fügte hinzu, dass der ukrainische Markt mit gestohlenen Fahrrädern inzwischen so gesättigt sei, dass diese nun auch nach Russland und weiter bis nach Kasachstan gebracht würden.

Laut der ukrainischen Polizei ist die Einfuhr von in der EU gestohlenen Rädern und deren Verkauf in der Ukraine kein massives Problem. "Statistiken über die Aufdeckung von Fällen gestohlener Fahrräder aus Deutschland und anderen EU-Staaten sind nicht geplant", teilt die ukrainische Kriminalpolizei auf Anfrage mit. Von der Berliner Polizei hieß es, dass ihr Einsätze gegen den Transport der gestohlenen Räder nicht bekannt seien. Sie arbeite auch nicht mit der ukrainischen Polizei bei der Aufdeckung von Fahrraddiebstahl zusammen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.07/article/60fea737b480cc12a218e472.jpeg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 26. Juli um 9:00 Uhr 6245 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 5054 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 562 Todesfälle.

snews.de: **Kubas Botschaft in Paris mit Molotow-Cocktails beworfen**

Das Gebäude der kubanischen Botschaft in Frankreich ist in der Nacht zum Dienstag mit Molotow-Cocktails beworfen worden, gab die diplomatische Vertretung auf ihrer offiziellen Webseite bekannt.

Zwei Personen sollen demnach drei Brandflaschen geworfen haben. Das diplomatische Personal habe keine Verletzungen erlitten, es sei jedoch Sachschaden entstanden. Der Mitteilung zufolge verursachte die Attacke einen Brand an der Fassade und dem Eingang der Botschaft. Die kubanische Regierung veröffentlichte [Fotos des Zwischenfalls](#).

Havanna bezeichnete den Anschlag als „Terrorakt“ und machte die Vereinigten Staaten dafür

verantwortlich. Die US-Regierung ermutige Attacken wie diese gegen Kuba und rege zu Gewalt an.

Nach den Massendemonstrationen auf Kuba für Freiheit, gegen Unterdrückung und Mangelwirtschaft hatten die USA neue Sanktionen gegen Havanna verhängt. Laut dem Weißen Haus sind amtierende Minister der Streitkräfte und die Abteilung des kubanischen Innenministeriums betroffen, denen die US-Regierung die Niederschlagung der Proteste zur Last legt.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/01/0b/477847_0:180:1920:1260_1440x0_80_0_0_db3c8199defc4fc2ed8ef46549b7a595.jpg

Mzdnr.ru: Am 26. Juli wurden in der DVR 767 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 283 positiv.

Am 27. Juli um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 46.950 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

3533 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 39.887 als gesund entlassen, es gibt 3530 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 144 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 30 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 112 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1511 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 680 mit Sauerstoffunterstützung (+47 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2081 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

de.rt.com: **Pläne für grüne Kernenergie: China will erstes "sauberes" kommerzielles Atomkraftwerk bauen**

Ein Atomkraftwerk, das mit flüssigem Thorium betrieben wird, produziert sichereren Abfall und benötigt kein Wasser. Bei potenziellen Lecks gelangt weniger Strahlung in die Umgebung. Außerdem kann Thorium nicht für die Herstellung von Kernwaffen verwendet werden.

Chinesische Wissenschaftler haben Pläne enthüllt, das erste "saubere" kommerzielle Atomkraftwerk zu bauen, das statt mit Uran mit flüssigem Thorium und geschmolzenem Salz betrieben wird. Der erste Prototypreaktor soll im August fertiggestellt und im September getestet werden.

Die Technologie ist im Vergleich mit konventionellen Kernreaktoren umweltfreundlicher, deren Abfälle bis zu 10.000 Jahre lang hoch radioaktiv bleiben und Plutonium-239 enthalten, den Hauptbestandteil von Atomwaffen.

Herkömmlicher Atom Müll muss in Bleibehältern untergebracht, in sicheren Anlagen isoliert und strengen Kontrollen unterzogen werden, um sicherzustellen, dass er nicht in die falschen

Hände gerät. In Flüssigsalzreaktoren wird das Schlüsselement in Fluoridsalz aufgelöst, und das ausgegebene Uran-233 wird im Reaktor durch andere Reaktionen verarbeitet. Andere Abfälle haben eine Halbwertszeit von 500 Jahren.

Thorium kann nicht für die Herstellung der Kernwaffen verwendet werden, was politische Vorteile für den Export der Technologie und für den Bau solcher Reaktoren im Ausland mit sich bringt. So kann die Entwicklung dieser Technologie zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit Chinas mit anderen Staaten beitragen. Chinesische Beamte sehen im Bau von Flüssigsalzreaktoren weiteres Potenzial für die Entwicklung des Projekts Neue Seidenstraße.

Außerdem benötigt das "saubere" Atomkraftwerk kein Wasser für die Abkühlung, sodass es auch in Wüsten, entfernt von Städten, gebaut werden kann. Demnach baut China den ersten kommerziellen Flüssigsalzreaktor in Wuwei, einer Wüstenstadt in der Provinz Gansu. Das Atomkraftwerk soll voraussichtlich im Jahr 2030 in Betrieb genommen werden.

China hatte die Pläne angekündigt, bis zum Jahr 2060 komplett klimaneutral zu werden und kein CO₂ mehr in die Atmosphäre zu emittieren. Außer der Atomenergie setzt Peking auf erneuerbare Energien wie Wind- und Sonnenenergie und auf den Bau von Wasserkraftwerken.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.07/article/60fee3cdb480cc373c1c1531.jpg>

deu.belta.by: **Kowaltschuk: Belarus hat Wissenschaft aufrechterhalten**

Belarus sei das einzige postsowjetische Land, das die Wissenschaft auf so gutem Niveau aufrechterhalten habe, gab Michail Kowaltschuk, Vorsitzender des Nationalforschungszentrum „Kurtschatow-Institut“, beim Treffen mit Präsident Alexander Lukaschenko bekannt.

„Ich möchte Ihnen gratulieren. Ihr Land ist das einzige Land unter den ehemaligen Sowjetrepubliken, das die Wissenschaft aufrechterhalten hat. Ich bin überrascht und froh“, sagte Michail Kowaltschuk. Wie er beobachten könne, entwickeln sich in Belarus mehrere Wissenschaftsinstitute. Die Wissenschaftler der beiden Länder seien dem Sinn nach nah, was eine feste Grundlage für ein effizientes Zusammenwirken sei.

„In diesem Zusammenhang habe ich einige Hilfsangebote“, unterstrich Michail Kowaltschuk. Und zwar nannte er mögliche gemeinsame große Megascience-Forschungsprojekte. „Heute hängt Erfolg in der Wissenschaft und ein Durchbruch vom Einsatz der großen technologischen Anlagen - so genannten Megascience-Anlagen - ab. Das sind große und teure Anlagen mit Beschleunigern, speziellen starken Röntgen-, Neutron- und Laserstrahlern“, erläuterte der Gelehrte.

Nach Kowaltschuks Worten hatte das Kurtschatow-Institut vor kurzem die Erfahrung der Zusammenarbeit mit belarussischem Hersteller Planar, der für das Institut eine Serie von Röntgengeräten baute. Diese Erfahrung habe sich als positiv erwiesen. Leiter des Kurtschaotow-Instituts wies auf die moderne Ausstattung des Betriebs und hohe

Fachkompetenz der Mitarbeiter hin.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000022_1627377876_57886_big.jpg

Dnronline.su: Erklärung des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin

Im Sommer 2014 wurden die Städte und Dörfer des Donbass intensiv von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine beschossen, jeden Tag wurde die Zahl der Opfer unter der Zivilbevölkerung größer.

Der 27. Juli ist eines der tragischen Daten. Damals bewegten sich aus zwei Richtungen Kolonnen mit ukrainischer Panzertechnik auf Schachtjorsk zu. Das Zentrum von Gorlowka wurde massiv mit Artillerie beschossen. Um die ganze Welt ging das Foto der von der Ukraine ermordeten Kristina Shuk und ihrer 10 Monate alten Tochter Kira.

Der Schmerz, den wir erfahren haben, kann nicht vergessen werden. Der Krieg hat uns und unser Leben für immer verändert. Diese Verbrechen gegen die Menschheit haben keine Verjährungsfrist, sie sind erfasst und stellen eine Liste der Kriegsverbrechen der Ukraine dar. Die Schuldigen werden bestraft werden.

Wir leben weiter, verteidigen weiter die Republik, arbeiten für unsere Kinder und im Gedenken an die, die für die Freiheit starben.

Das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik Denis Puschilin

Aus Anlass dieses Jahrestags fanden heute in Schachtorsk und Gorlowka Trauerkundgebungen statt.

deu.belta.by: Außenminister Makej sieht in der GUS wichtige regionale Organisation und einmalige Dialogplattform

Außenminister Wladimir Makej hat an der Sitzung des Rates der ständigen bevollmächtigten Vertreter der GUS-Mitgliedsstaaten bei GUS-Gremien teilgenommen. Das Treffen fand im Hauptbüro des GUS-Exekutivkomitees in Minsk statt, wie der Pressedienst des Außenministeriums mitteilte.

Im 30. Gründungsjahr der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten hat Belarus die GUS-Präsidentschaft übernommen. Der Rat fasste heute die Zwischenergebnisse der Arbeit zusammen, die in der ersten Jahreshälfte geleistet wurde.

In seiner Rede betonte der belarussische Außenminister die Rolle der GUS als eine wichtige regionale Organisation und eine einmalige Dialogplattform, die den Interessen der GUS-Mitgliedsstaaten entspricht.

Wladimir Makej informierte die Teilnehmer des Treffens über die Fortschritte bei der Umsetzung des Aktionsplans zur Verwirklichung des Konzepts der belarussischen GUS-Präsidentschaft im Jahr 2021. Der Schwerpunkt des belarussischen Vorsitzes liegt auf der Entwicklung des gemeinsamen Wirtschaftsraums sowie auf der Zusammenarbeit in den

Bereichen Außenpolitik, Kultur und humanitäre Hilfe. Unter anderem wurde festgestellt, dass Belarus die Bestimmungen des Konzepts konsequent umsetzt und diese an neue Realitäten und Trends anpasst. Das Land legt viel Wert auf jene Initiativen, die beim GUS-Gipfel von den Leitern der anderen GUS-Mitgliedstaaten vorgeschlagen wurden.

Die Arbeit an der Verabschiedung des Freihandelsabkommens mit Waren und Dienstleistungen wurde als sehr wichtig eingestuft. Die Ratsmitglieder kamen darin überein, dass man an der Lösung von durch die Globalisierung und die neuen Herausforderungen verursachten Problemen fortsetzen sollte. Der Stärkung der kulturellen, humanitären, wissenschaftlichen Beziehungen kommt auch eine wichtige Rolle zu. Besondere Aufmerksamkeit sollte auch der Vertiefung von Integrationsprozessen und der Erzielung von Synergieeffekten aus der Zusammenarbeit der GUS-Mitgliedsstaaten mit anderen regionalen Integrationsorganisationen und -vereinigungen gewidmet werden.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000020_1627378695_57887_big.jpg

nachmittags:

snanews.de: **Kreml-Sprecher: „Nord Stream 2 ist fast fertig, Polens Haltung dazu ist unverständlich“**

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, hat sich am Dienstag über die Kritik des polnischen Vize-Außenministers Marcin Przydacz an der fast vollendeten Pipeline gewundert.

„Ehrlich gesagt, es fällt uns schwer, die Gründe für die Haltung Polens gegenüber einem so wichtigen und nützlichen Projekt für ganz Europa zu verstehen“, so Peskow vor Journalisten.

„Dieses Projekt ist äußerst wichtig, es kann und wird einen wesentlichen Beitrag zur Energiesicherheit Europas leisten.“ Die Pipeline stehe kurz vor der Vollendung, so der Kreml-Sprecher. „Natürlich können wir für solche Aussagen kein Verständnis zeigen.“

Polens Vize-Außenminister Przydacz hatte in einem Gespräch mit „Polskie Radio“, das früher am Dienstag erschien, erklärt, ohne Polen wäre die „umstrittene russisch-deutsche Investition“ schon längst realisiert worden. „Wir haben die Fertigstellung von Nord Stream 2 mehrere Jahre lang hinausgezögert. Ohne unser Handeln (...) hätte Wladimir Putin längst Druck auf die Ukraine oder unsere anderen Partner ausüben können“, meinte der Diplomat. „Je länger diese Pipeline inaktiv ist, desto besser für Mittel- und Osteuropa und die Einheit der Europäischen Union“, wird er auf der Webseite des Senders zitiert.

Die fast fertiggestellte Gasleitung Nord Stream 2 soll russisches Erdgas über den Meeresgrund der Ostsee nach Westeuropa bringen. Der Bau der Gaspipeline soll im August 2021 abgeschlossen sein. Deshalb befürchten die Ukraine und auch Polen, als Erdgasroute abgelöst zu werden und die damit verbundenen Transitgebühren zu verlieren.

Am Mittwoch hatten Deutschland und die USA deshalb in einer gemeinsamen Erklärung zugesagt, die Ukraine mittelfristig als Gastransitland erhalten zu wollen. Polens Präsident Andrzej Duda meinte hierzu, dass die deutsch-amerikanischen Vereinbarungen die Sicherheit großer Teile Europas beeinträchtigen würden. Laut dem Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki gingen Washington und Berlin „sehr egoistisch mit dem Bau von Nord Stream 2“ um.



https://cdn.snnews.de/img/07e4/0c/11/195103_0:170:3039:1879_1920x0_80_0_0_a7723900e271466486207aea3b0a9df8.jpg

de.rt.com: **Iran kritisiert UN-Vertreterin nach Äußerung über Proteste wegen Wassermangels**

Irans Regierung hat eine Kritik der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte zurückgewiesen. Diese hatte iranische Behörden aufgefordert, besser das Problem des Wassermangels in der Provinz Chuzestan zu lösen, statt auf Demonstranten zu schießen. Teheran gab Provokateuren die Schuld an der Gewalteskalation.

Said Chatibsadeh, der Sprecher des iranischen Außenministeriums, hat am Wochenende die Erklärung der Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte zu den jüngsten Ereignissen in der Provinz Chuzestan als bedauerlich bezeichnet, berichteten iranische Medien. Er sagte, die Erklärung von Michelle Bachelet sei völlig "ungültig" und mit falschen Anschuldigungen und falschen Informationen behaftet.

Sprecher Chatibsadeh erklärte, dass die erhobenen Anschuldigungen ungeachtet der umfangreichen Bemühungen der iranischen Behörden, das Leiden der Menschen der Provinz zu lindern und die bestehenden Probleme zu lösen, erfolgten. Dies sei ein solider Beweis für die Politisierung und Ungültigkeit der Erklärung, wie die iranische Nachrichtenagentur Fars News schrieb. Er fügte hinzu:

"In dieser Hinsicht gleicht die Erklärung der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte eher einer politischen Erklärung mit feindseliger Literatur als den Äußerungen eines internationalen Menschenrechtsbeauftragten."

Chatibsadeh betonte weiter, dass die "unprofessionellen und voreingenommenen" Kommentare bezüglich des Managements der Wasserressourcen des Landes weder in den Zuständigkeitsbereich der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte fielen noch die Institution unter seiner Verantwortung die Autorität und Würde habe, sich zu diesem Thema zu äußern.

Die Wasserkrise in der Provinz Chuzestan sei das Ergebnis einer Reihe von Naturphänomenen sowie eine der Folgen der technologischen und wirtschaftlichen Blockade Irans. Diese Blockade hätte unter anderem Investitionen im Wassersektor in der Provinz behindert. Chatibsadeh fragte:

"Warum hat die UN-Hochkommissarin für die Menschenrechte bis jetzt nicht die illegalen

Sanktionen verurteilt, die von den Vereinigten Staaten gegen die iranische Nation verhängt wurden, was zur Verletzung vieler grundlegender Menschenrechte dieser Nation geführt hat?" Er betonte, dass die Islamische Republik Iran das Recht ihrer Bürger auf die Organisation friedlicher Proteste respektiere und hochrangige Verantwortliche die Existenz des Problems der Wasserknappheit in der Region und das Recht auf friedliche Proteste anerkannt hätten. Die Polizeipräsenz bei den Protesten sei darauf gerichtet, Schaden an privatem und öffentlichem Eigentum zu verhindern. Das sei "legal und in Übereinstimmung mit internationalen Normen".

Am Freitag hatte die Hochkommissarin der UN für Menschenrechte Michelle Bachelet Iran aufgefordert, den chronischen Wassermangel zu lösen, statt gegen Demonstranten vorzugehen. Sie erklärte, dass die Erschießung von Menschen nur noch weiter zu der Wut beitragen werde. Zuvor hatten iranische Medien berichtet, dass bei Protesten mindestens vier Menschen starben, darunter ein Polizist. Die Medien beschuldigten "Opportunisten" und "Krawallmacher" sowohl auf die Demonstranten als auch auf die Polizei geschossen zu haben. Chatibsadeh sprach davon, dass mit ausländischen Kräften assoziierte "Elemente" in die Reihen der Demonstranten eingedrungen seien. Ihr Ziel sei es, "Aufruhr" auszulösen und "falsche Konflikte" zu provozieren.

Irans Revolutionsführer Ajatollah Ali Chamenei hatte letzte Woche die Regierung angewiesen, die Probleme der lokalen Bevölkerung zu lösen, wie die Agentur Mehr News berichtete. Er kritisierte die schwache Leistung der örtlichen Behörden. Es sei die Pflicht der Beamten, die Probleme der Menschen in kürzester Zeit zu lösen.

Irans noch amtierender Präsident Hassan Rohani hatte letzte Woche den Gouverneur der Provinz angewiesen, alle seine Ressourcen zu mobilisieren, um die Probleme schnell zu lösen, berichtete die iranische Agentur IRNA. Er betonte, dass die Bevölkerung angesichts der schwierigen Lage ein Recht habe, ihren Protest zu äußern.

Ebrahim Raisi, der designierte Präsident des Landes, sprach am Wochenende ebenfalls mit dem Provinzgouverneur. Er erklärte, dass die Lösung der Probleme der Provinz zu den wichtigsten Prioritäten seiner zukünftigen Regierung gehören werde. Den örtlichen Behörden sicherte er die Unterstützung der Regierung zu.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2021.07/article/60feb641b480cc36ba247792.jpg>

snanews.de: **Tandem Astrazeneca/Sputnik Light: Russisches Gesundheitsministerium gibt grünes Licht für Studie**

Das russische Gesundheitsministerium hat eine gemeinsame Untersuchung der Impfstoffe Astrazeneca und Sputnik Light gebilligt. Das geht aus einem Genehmigungsregister für klinische Forschungen des Ministeriums hervor.

Es gehe um „eine einfache randomisierte Blindstudie der Phase I/II zur Beurteilung der

Sicherheit und der Immunogenität einer Kombination der Präparate AZD1222 und rAd26-S, die nach dem heterologischen (gemischten – Anm. d. Red.) Prime-Boost-Schema zur Vorbeugung der neuen Coronavirus-Infektion Covid-19 bei Erwachsenen verabreicht werden“, heißt es im Genehmigungsregister.

Es wird präzisiert, dass 150 Probanden an der Untersuchung teilnehmen werden. Die Studie soll am 2. März 2022 abgeschlossen sein.

Die Gesundheitsbehörde hat dem russischen Biotechnologieunternehmen Biocad die Genehmigung für die erste und die zweite Phase klinischer Forschungen eines Corona-Impfstoffes erteilt.

„Das Ziel der klinischen Forschungen ist es, die Sicherheit und die Immunogenität des rekombinanten viralen Vektorvakzins auf der Basis AAV5-RBD-S zur Vorbeugung der Coronavirus-Infektion (Covid-19) einzuschätzen“, heißt es im Genehmigungsregister des Ministeriums.

Die Studie soll am 31. Dezember 2026 abgeschlossen sein. Das Testen des Impfstoffes wird in zwei medizinischen Organisationen unter Teilnahme von 360 Probanden erfolgen.

Biocad arbeitet an einem eigenen Vakzin, BCD-250, das auf dem rekombinanten adeno-assoziierten Vektor (rAAV) basiert. Der rAAV-Vektor kann sich nicht selbständig in Zellen vermehren und sich nicht in das menschliche Genom integrieren und dürfte daher keine Erkrankungen auslösen.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/07/1b/2986617_0:214:2885:1836_1920x0_80_0_0_634d9772e0674ab8c3d9b5d9a6dee528.jpg

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 27.07.2021**

Die ukrainische Seite verletzt weiter ihre Verpflichtungen.

So wurden **in den letzten 24 Stunden sieben Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt. Der Gegner hat insgesamt 60 Geschosse auf Ortschaften der Republik abgefeuert, darunter 16 122mm-Artilleriegranaten.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer des 109. Bataillons der 10. Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Kotlik von den Positionen im Gebiet von Leninskoje aus die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** mit acht Granaten mit Antipanzergrenatwerfern und 18 Granaten mit automatischen Granatwerfern beschossen sowie großkalibrige Maschinengewehre eingesetzt.

In **Richtung Donezk** haben Strafruppen des 13. Panzergrenadierbataillons der 58. Brigade in Ausführung eines verbrecherischen Befehls von Kaschtschenko von den Positionen im Gebiet von Galizinowka aus das Feuer mit 122mm-Artilleriesystemen auf **Staromichajlowka** eröffnet und sechs Geschosse abgefeuert, von den Positionen im Gebiet von Opytnoje aus

wurde dreimal das Feuer mit 120mm-Mörsern und Antipanzergrenatwerfern auf **Wesjoloje** eröffnet, wobei vier Mörsergeschosse und zehn Granaten abgefeuert wurden.

Kämpfer des 3. mechanisierten Bataillons der 72. mechanisierten Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Bogomolow haben von den Positionen im Gebiet von Awdejewka aus vier Granaten mit Antipanzergrenatwerfern auf **Jakowlewka** abgefeuert.

Straftruppen eines Panzergrenadierbataillons der 93. Brigade haben in Ausführung eines verbrecherischen Befehls Brishinskijs von den Positionen im Gebiet von Nowogrigorowka aus **Krasnyj Oktjabrj** mit 122mm-Artillerie beschossen und zehn Geschosse abgefeuert.

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner **zwei Feuerprovokationen** begangen.

Kämpfer des 15. Panzergrenadierbataillons der 58. Brigade haben von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje aus fünf Mörsergeschosse mit 120mm-Mörsern auf **Wesjoloje** abgefeuert.

Straftruppen des 2. Gebirgsssturmbataillons der 128. Brigade haben in Ausführung eines verbrecherischen Befehls Gontscharuks von den Positionen im Gebiet von Lebedinskoje aus **Sachanka** mit automatischen Granatwerfern beschossen und 15 Granaten abgefeuert.

Alle Versuche der Vertretung der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurden ein weiteres Mal von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert.

Einheiten der Volksmiliz der DVR haben entsprechend Punkt „e“ der Maßnahmen zum Schutz der friedlichen Bevölkerung gegen Beschüsse ukrainischen Kämpfer gezwungenermaßen das **Feuer mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen erwidert und die Feueraktivität des Gegners unterdrückt.**

Infolge der erwiderten Aktivitäten wurden drei Soldaten der ukrainischen Streitkräfte verletzt. Die nicht kampfbedingten Verluste der ukrainischen Streitkräfte betrugen vier Mann, die bei der Detonation eines 122mm-Artillerieschosses verletzt wurden.

Den Kiewer Besatzer empfehlen wir nachdrücklich, von der Ausführung verbrecherischer Befehls des Kommandos Abstand zu nehmen und das Regime der Feuereinstellung einzuhalten, um ihr eigenes Leben zu bewahren.

Infolge terroristischen Beschusses durch Kämpfer der 58. Panzergrenadierbrigade haben unsere Beobachter im GZKK Schäden an einer oberirdischen Stromleitung am Skotschinskij-Bergwerk im Kirowskij-Bezirk von Donezk festgestellt, dadurch wurde die Hauptlüftung am Förderaufzugsschacht gestoppt.

Es wurde festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen fünf Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind.

Aus dem Bestand der 30. mechanisierten Brigade:

drei Schützenpanzer in der Nähe von Wohnhäusern am östlichen Rand von Kodema.

Aus dem Bestand der 72. mechanisierten Brigade:

ein Schützenpanzerwagen am südwestlichen Rand von Nowobachmutowka.

Aus dem Bestand der 128. Gebirgss Sturmbrigade:

ein Schützenpanzerwagen in der Nähe von Wohnhäusern in Pionerskoje.

Wir rufen die Einwohner der von der Ukraine besetzten Territorien des Donbass auf, die Stationierung von Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe ihrer Häuser und von Objekten der zivilen Infrastruktur nicht zuzulassen und alle entdeckten Fälle den Beobachtern der OSZE-Mission mitzuteilen (*Angabe von Telefon und E-Mail*).

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission. So hat der Gegner, um die Erfassung von Verstößen von Seiten der 72. und 128. Brigade der ukrainischen Streitkräfte zu verhindern, Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand mobiler Gruppen des 305. und 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission in den Gebieten von Kamenka und Schirokino zu blockieren.

Alle Fälle der Behinderung der Arbeit der OSZE-Mission werden auch vom täglichen Bericht vom 26.07.2021 bestätigt.

Am 27. Juli ist es ein Jahr seit dem Inkrafttreten der Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle des Waffenstillstands, aber die ukrainischen Kämpfer setzen die systematischen Beschüsse des Territoriums der Republik fort, in deren Folge friedliche Einwohner leiden.

Im Zeitraum **vom 27. Juli 2020 bis heute** haben die Vertreter der DVR im GZKK **1083 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** von Seiten der Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte festgestellt, davon:

Richtung Gorlowka – 212;

Richtung Donezk – 439;

Richtung Mariupol – 384;

davon unter Einsatz schwerer Waffen – 350.

Auf das Territorium der Republik wurden 7822 Geschosse abgefeuert, darunter 3199 mit von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen.

Es starben fünf Zivilisten, 12 wurden verletzt.

Vier Häuser wurden zerstört und 173 beschädigt.

Außerdem wurden 29 Objekte der zivilen Infrastruktur beschädigt.

Acht Fahrzeuge ziviler Einwohner wurden beschädigt.

Die Einheiten der Volksmiliz haben sieben Fälle des Einsatzes von Kampfdrohnen unterbunden.

Trotz der unterzeichneten Vereinbarungen demonstriert die ukrainische Seite die Absicht, auch weiter Beschuss und Provokationen fortzusetzen. Wir rufen die Weltöffentlichkeit auf, die Aggression von Seiten der ukrainischen Streitkräfte objektiv zu bewerten und auf die ukrainische Regierung Einfluss auszuüben.

Unsere Aufklärung hat Informationen erhalten, dass im Gebiet von Kurachowo eine **Gruppe mit vier Mann aus einer taktischen Spezialgruppe der Spezialoperationskräfte „Ost“ eingetroffen** ist. Um deren Arbeit zu gewährleisten, wurden Anweisungen über die Zuteilung von Scharfschützenpaaren auf einer Aufklärungskompanie der 28. Brigade erteilt. Die Aufklärer sind mit Schusswaffen mit Schalldämpfungseinrichtungen ausgerüstet, außerdem mit Antipanzershandgranatwerfern. Es ist bemerkenswert, dass **zum Transport der Kämpfer ein weißes Auto des Typs „SIL“ mit Symbolen des ukrainischen GZKK eingesetzt** wurde. Wir schließen Diversionsaktivitäten an der Kontaktlinie nicht aus.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine erleiden in der OOS-Zone weiter nicht kampfbedingte Verluste. In den letzten 24 Stunden wurden in der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ mehrere Soldaten mit unterschiedlich schweren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert.

Während der Fahrt einer Kolonne mit Militärtechnik aus dem Bestand der 43.

Artilleriebrigade zur Verladungsstation Wolnowacha haben Soldaten der 2.

Antipanzersartilleriebatterie der 209. Antipanzersartillerieabteilung einen Verkehrsunfall unter Beteiligung eines Schleppers MAS-537 und eines Bogdan-5316-Autos verursacht. Dabei wurden drei Kämpfer verletzt: Unterfeldwebelin Solenkowa, Feldwebel Wodsinskij und Obersoldat Kriwenko. Bei der ärztlichen Untersuchung wurde im Blut von zwei Verletzten 1,5 Promille Alkohol entdeckt, bei der Soldatin 1,7 Promille.

Ein weiterer Fall von nicht kampfbedingtem Verlust wurde in den Einheiten der 10. Brigade der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Am 26. Juli detonierte im Gebiet von Sarja infolge der Verletzung von

Sicherheitsbestimmungen bei Schießübungen der Lauf eines 120mm-Mörser, dabei erlitt der Soldat des 8. Gebirgsschützenbataillons der 10. Brigade Timofej eine Detonationsverletzung mit Hirnquetschung.

Um den nicht kampfbedingten Verluste zu verheimlichen und Strafe zu vermeiden, stellte der Brigadekommandeur Kotlik in Absprache mit der ukrainischen Vertretung im GZKK den Fall

als Ergebnis von Beschuss dar.

de.rt.com: **Sacharowa: USA sollten erst einmal hinter sich aufräumen, statt angebliche Bedrohungen zu suchen**

Die USA sollen sich mit den Folgen ihres Vorgehens im Nahen Osten auseinandersetzen, bevor sie auf angebliche Bedrohungen reagieren, so die russische Außenamtssprecherin Maria Sacharowa. Sie schlug ironisch vor, dass Washington hinter sich selbst aufräumen solle. Bevor sich Washington auf vermeintliche Bedrohungen aus Peking und Moskau konzentriert, sollten sich die USA mit den Folgen ihres Vorgehens im Nahen Osten auseinandersetzen. Dies schrieb die Vertreterin des Außenministeriums der Russischen Föderation Maria Sacharowa auf Telegram. Sie kommentierte damit eine Erklärung des stellvertretenden Vorsitzenden des Stabschefs der US-Streitkräfte General John Hyten, den sie wie folgt zitierte:

"Was wir in Afghanistan gesehen haben und wie sich die Ereignisse im Irak entwickeln, lässt uns jetzt verstehen, dass wir die Bedrohungen im Nahen Osten nicht ignorieren dürfen, sondern anders damit umgehen und einen kleinen Fußabdruck hinterlassen, damit das Land sich mehr auf Bedrohungen aus China und Russland fokussiert."

Als Reaktion darauf schlug die russische Diplomatin vor:

"Vielleicht ist es notwendig, die 'kleinen Spuren' in Irak, in Libyen, in Afghanistan, in Syrien zu beseitigen, bevor sich das Land auf Bedrohungen fokussiert?"

Am 14. April hatte US-Präsident Joe Biden seine Entscheidung bekannt gegeben, den Einsatz in Afghanistan zu beenden, der zum längsten Auslands-Militärengagement in der US-amerikanischen Geschichte wurde. Die Vereinigten Staaten begannen diesen Krieg im Oktober 2001. Biden erklärte, dass der Militäreinsatz in Afghanistan am 31. August 2021 endet.

Wenige Wochen vor dem offiziellen Ende des Abzugs der internationalen Truppen aus Afghanistan halten die Taliban mehr als die Hälfte aller Bezirke im Land. Die Islamisten kontrollieren demnach aktuell eine knappe Mehrheit von rund 210 der insgesamt 400 Bezirke. Die Regierung hält etwa 110 und weitere rund 80 Bezirke sind umstritten.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.07/article/60ffece2b480cc562c4359ad.jpg>

snanews.de: **Waffenruhe im Südosten der Ukraine in der Sackgasse – Ukrainischer Politologe**

Vor genau einem Jahr ist im Südosten der Ukraine ein umfassender Waffenstillstand in Kraft getreten. Das Projekt war jedoch von Anfang an zum Scheitern verurteilt, die Situation ist noch immer in einer Sackgasse. Diese Aussage machte der ukrainische Politologe Michail Pogrebinski im SNA-Interview.

„Unmittelbar nach dem Pariser Gipfel im Dezember 2019 war ein nachhaltiger Waffenstillstand zum Scheitern verurteilt. Am Vorabend des Gipfels einigten sich die

Teilnehmer auf den Rückzug von Truppen und Ausrüstung entlang der gesamten Konfrontationslinie. Doch am Ende des Verhandlungsprozesses im Normandie-Format in Paris stellte sich heraus, dass der ukrainische Präsident Wladimir Selenski dagegen war. Dann wurde klar, dass Selenski vor der Kriegspartei kapitulierte, deren Stimme Innenminister Arsen Awakow war. Das bedeutete, dass ein echter Waffenstillstand unmöglich war“, sagte Michail Pogrebinski, Direktor des Kiewer Zentrums für politische Forschung und Konfliktlösung.

Die Einigung auf einen Waffenstillstand an nur zwei oder drei Punkten, wobei sich die Streitkräfte entlang der gesamten Konfrontationslinie befinden, bedeutete laut Pogrebinski zunächst, dass die Vereinbarungen regelmäßig verletzt werden. „Schüsse von einer Seite, gefolgt von einer Reaktion von der anderen, sind endlos. Natürlich dauerte das Projekt relativ lange, aber es war zum Scheitern verurteilt. Daher überrascht es mich nicht, dass es weiterhin regelmäßig Beschuss und Tod von Zivilisten gibt“, betonte der Experte.

Hinsichtlich der Lösung des Konflikts setzt der Kiewer Politologe keine besonderen Hoffnungen auf die Europäische Union. „Die EU ist primär antirussisch eingestellt und wird in jedem Konflikt zwischen Russland und der Ukraine, die sich als Opfer darstellt, Russland verurteilen. US-Präsident Joe Biden kann die Situation wirklich beeinflussen, aber eine endgültige Position hat er bisher nicht vollständig gebildet. Er sucht nach einem Modus Vivendi mit Russland, und ein Sprecher des US-Außenministeriums sagt, Russland sei am Konflikt mit der Ukraine schuld. Es gibt wenig Hoffnung für die Vereinigten Staaten, und heute befindet sich die Situation immer noch in einer Sackgasse. Die USA könnten jedoch Kiew zwingen, mit dem Donbass zu verhandeln“, glaubt der Experte.

Pogrebinski wies auf die Erklärungen Frankreichs und Deutschlands hin, dass die Ukraine in ihrer Gesetzgebung die sogenannte Steinmeier-Formel umsetzen sollte, eine Option zur Erfüllung eines der Punkte der Minsker Vereinbarungen – die Bestimmung über den Status des Donbass.

„Bundeskanzlerin Angela Merkel hat bei einem gemeinsamen Briefing mit dem ukrainischen Präsidenten die Notwendigkeit der Umsetzung der „Steinmeier-Formel“ in der ukrainischen Gesetzgebung hervorgehoben. Merkel ignorierte auch alle möglichen hysterischen Rufe unserer Führung, die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 zu verhindern. Sie machte ihre Geste im Vorfeld des Ausscheidens aus dem Amt der deutschen Bundeskanzlerin. Merkel geht als eine Person, die das Spiel von Kiew durchschaut hat. Gleichzeitig konnte sie nicht weniger pro-ukrainisch sein, als sie sich in den letzten Monaten ihrer Regierungszeit gezeigt hat.“

Am 27. Juli 2020 trat im Südosten der Ukraine ein umfassender Waffenstillstand in Kraft. Die entsprechenden Vereinbarungen wurden im Rahmen der trilateralen Kontaktgruppe getroffen. Kiew, Donezk und Lugansk haben sich verpflichtet, keine Waffen einzusetzen und auf Provokationen zu verzichten. Doch bereits im Herbst kam es an der Kontaktlinie wieder zu Zusammenstößen und zum Beschuss besiedelter Gebiete der Volksrepubliken.



https://cdn.snanews.de/img/07e4/0c/1f/353633_0:180:1920:1260_1920x0_80_0_0_12e74beaf3ea220e7d865f79baac57a0.jpg

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Oberleutnant A.N. Masejikin am 27. Juli 2021

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden sechs Verletzungen des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueereinstellung festgestellt.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer des 3. Bataillons der 24. Brigade auf Befehl Postupalskijs von den Positionen im Gebiet von Solotoje-4 aus **Solotoje-5** mit Granatwerfern beschossen.

In **Richtung Slawjanoserbsk** haben Kämpfer des 15. Bataillons der 128. Brigade auf Befehl des Bataillonskommandeurs Golschewskij von den Positionen im Gebiet von Pritschepilowka aus dreimal **Shelobok** mit Granatwerfern beschossen.

Außerdem haben Kämpfer der 128. Brigade von den Positionen im Gebiet von Nowotoschkowskoje aus **Donezkij** mit Schusswaffen beschossen und von Orechowo aus 40 Schüsse mit Schützenpanzern auf **Beresowskoje** abgegeben.

Die Fälle von Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen zu ergreifen und die Beschuldigung der Volksrepublik in Bezug auf Provokationen zu verhindern. Der Versuch der Vertretung der LVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurde ein weiteres Mal von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert.

Geleitet von den Anweisungen des Republikoberhauptes und Punkt „e“ der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feueereinstellung haben unsere Einheiten das **Feuer mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen erwidert und die Feueraktivität des Gegners unterbunden.**

Die Verluste des ukrainischen Kämpfers werden noch ermittelt. ...

Vor genau einem Jahr traten die Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feueereinstellung in Kraft, die von der Kontaktgruppe vereinbart worden waren. ...

Seit dieser Zeit wurden 359 Beschießungen des Territoriums der LVR durch die BFU festgestellt. Es wurden 3171 Geschosse abgefeuert, davon 16 Artilleriegranaten des Kalibers 122mm sowie 365 Mörsergeschosse der Kaliber 120 und 82mm.

Durch Beschuss starben ein Zivilist und 16 Soldaten der Volksmiliz, elf Zivilisten und sieben Soldaten wurden verletzt. 29 Wohnhäuser und 6 Objekte der zivilen Infrastruktur wurden beschädigt.

Außerdem setzt die ukrainische Seite Kampfdrohnen und Diversionsgruppen zum Mord an Soldaten der Volksmiliz ein. ...

snanews.de: Afghanische Armee vertreibt Taliban aus wichtigem Grenzgebiet

Afghanische Sicherheitskräfte haben die Taliban laut lokalen Medien aus dem Bezirk Kaldar vertrieben, einem strategisch wichtigen Gebiet im Norden Afghanistans an der Grenze zu den zentralasiatischen Republiken Usbekistan und Tadschikistan.

Der Einsatz zur Befreiung Kaldars von den Taliban fand Medien zufolge am gestrigen Montag statt. In schweren Kämpfen haben die regulären afghanischen Sicherheitskräfte gemeinsam mit lokalen Unterstützern die Islamisten aus dem Bezirk vertrieben. Nach offiziellen Angaben wurden dabei circa 20 Taliban-Kämpfer getötet.

Der Bezirk Kaldar, am Grenzfluss Amudarja gelegen, war Berichten zufolge vor einem Monat an die Taliban gefallen. Dort befindet sich unter anderem die Stadt Hairatan, ein wichtiger Grenzübergang von und nach Usbekistan.

Den Erfolg erzielte die afghanische Armee durch den Einsatz hochmobiler Brigaden, die auf

die Einnahme von strategischen Schlüsselstellungen spezialisiert sind. Diese Einheiten sind im Vergleich zu regulären Verbänden besser ausgerüstet und ausgebildet.

Diese Erfolge melden die Spezialeinheiten auch via Twitter. So heißt es in einem Eintrag des Special Operations Command der afghanischen Armee: „Der Kaldar-Bezirk in der Provinz Balch ist von den Taliban-Terroristen befreit worden. Im Ergebnis ist der Bezirk von den Taliban-Terroristen gesäubert worden.“

Die Befreiung des Grenzbezirks ist Teil einer größeren Offensive der afghanischen Armee. „Wir hatten Zusammenstöße in 25 Provinzen, wobei die afghanischen Kräfte Fortschritte erzielten“, erklärte ein Sprecher der Afghanischen Nationalen Sicherheitskräfte gegenüber Medien. Bei den Offensiven diese Woche sind dem Sprecher zufolge an die 1500 Taliban-Kämpfer getötet und circa 800 verletzt worden.

Eskalation der Sicherheitslage

Seit die Nato mit dem Abzug ihrer Truppen aus Afghanistan begonnen hat, waren die Taliban landesweit auf dem Vormarsch, auch unter Einsatz von schwerer Raketenartillerie. Dabei eroberten die Kämpfer eigenen Angaben zufolge bis zu 85 Prozent des afghanischen Territoriums sowie bis zu 90 Prozent der afghanischen Grenzgebiete.

In den Nachbarländern Afghanistans, besonders in den zentralasiatischen Ex-Sowjetrepubliken Usbekistan und Tadschikistan, wuchs die Sorge vor zunehmender Instabilität und humanitären Katastrophen wegen Flucht und Vertreibung in den umkämpften Gebieten. Zeitweise flohen mehr als 1000 afghanische Soldaten aus Angst um ihr Leben vor den islamistischen Taliban-Kämpfern in das Nachbarland Tadschikistan.

Ungeachtet der Zuspitzung der Sicherheitslage planen die USA, ihre Soldaten bis zum August vollständig aus Afghanistan zurückzuholen. Sie hatten gemeinsam mit Nato-Partnern kurz nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in Afghanistan interveniert – unter anderem mit dem Ziel, das Land zu befrieden und von islamistischen Terroristen zu befreien.

Unterdessen erreicht die Zahl toter und verwundeter Zivilisten in Afghanistan nach Angaben der Vereinten Nationen „neue Rekorde“. Demnach wurden seit dem Beginn des Truppenabzugs über 1600 Zivilisten getötet, mehr als 3250 wurden verletzt.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/07/1b/2988448_0:0:3135:1764_1920x0_80_0_0_54f1ee92829682ef7f6a2bea6850c725.jpg

de.rt.com: **Sacharowa: Weißrussische Oppositionsaktivistin Tichanowskaja "von A bis Z" vom Westen finanziert**

Die russische Spitzendiplomatin Maria Sacharowa hat erklärt, dass die weißrussische Oppositionspolitikerin Swetlana Tichanowskaja vollständig vom Westen finanziert werde. Außerdem habe der Westen für sie einen Sonderstatus erfunden, der ihr Treffen auf höchster politischer Ebene ermöglicht.

Die Aktivitäten der weißrussischen Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja seien

vollständig vom Westen finanziert. Das erklärte die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa in einem Interview, das am Montag auf dem YouTube-Kanal des regierungskritischen ukrainischen Bloggers Anatoli Scharij veröffentlicht wurde, meldete die russische Nachrichtenagentur TASS.

Die russische Diplomatin betonte die Unterschiede in der Haltung des Westens gegenüber Tichanowskaja und Scharij:

"Es gab eine Frage, und vielleicht wird Sharij sie beantworten: Hat der Westen Anatoli jemals ein Treffen im Außenministerium angeboten, oder wurde er von den Präsidenten Litauens, Lettlands oder Estlands eingeladen? Hat ihm eines der baltischen Länder die Möglichkeit gegeben, auf ihren Plattformen zu senden?"

Zudem fragte sie:

"Wurde Sharij übrigens eine Finanzierung angeboten? Denn soweit wir wissen, wird Tichanowskaja von A bis Z finanziert. Das heißt, Unterkunft, Flüge und die entsprechende Infrastruktur – all das muss bezahlt werden."

Obwohl Tichanowskaja keine Berufspolitikerin oder politische Analystin sei, werde ihre politische Tätigkeit von den westlichen Ländern aufmerksam verfolgt, so die russische Diplomatin. Sacharowa erklärte, sie könne sich gar nicht vorstellen, wie viel Geld für diese Pressekonferenzen und Gespräche ausgegeben wird. Sie fügte hinzu.

"Und das alles inmitten der Einschränkungen durch das Coronavirus und so weiter. Ihre Reisen, Touren und pseudooffiziellen Veranstaltungen haben nicht einmal einen Monat lang aufgehört."

Sacharowa zufolge hat der Westen Tichanowskaja sogar einen "Sonderstatus" zuerkannt:

"Sie wird von den Staats- und Regierungschefs empfangen. Sie wird sogar auf offizieller und hoher Ebene bei internationalen Organisationen empfangen, aber nicht als Vertreterin einer NGO oder der Zivilgesellschaft, sondern in einem bestimmten Status, den der Westen für sie erfunden hat."

Der Westen habe nichts dergleichen in Bezug auf den Blogger Scharij getan, obwohl er in den Worten Sacharowas "ein berühmter Oppositionsaktivist der Ukraine" ist. Sie fragte:

"Warum halten es die westlichen Verfechter der Menschenrechte, der Demokratie, des Liberalismus, der Meinungsfreiheit und des Friedens nicht für nötig, irgendwie auf einen bekannten ukrainischen Oppositionellen aufmerksam zu machen?"

Tichanowskaja war am 18. Juli in die Vereinigten Staaten eingereist. Dort traf sie sich in der vergangenen Woche mit der hochrangigen US-Diplomatin Victoria Nuland und dem Berater des US-Außenministeriums Derek Chollet. Auch Außenminister Antony Blinken habe "an einem Teil des Treffens" teilgenommen, hieß es aus Washington.

Nach den weißrussischen Präsidentschaftswahlen vom 9. August 2020 kam es zu landesweiten Demonstrationen. Nach den offiziellen Ergebnissen der Zentralen Wahlkommission hatte der amtierende Präsident Alexander Lukaschenko mit 80,10 Prozent der Stimmen einen klaren Sieg errungen. Seine bedeutendste Konkurrentin, Swetlana Tichanowskaja, war mit 10,12 Prozent der Stimmen auf den zweiten Platz gekommen. Sie weigerte sich jedoch, das Wahlergebnis anzuerkennen, und verließ das Land.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.07/article/6100012ab480cc55f20f8747.jpeg>